

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 4. September 2014

Finanzdirektion

37 2014.RRGR.62 Motion 026-2014 SVP (Brand, Münchenbuchsee)
ASP 2.0: Vorschläge der FiKo und von Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern offenlegen, Kaderangestellte ernst nehmen
Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 026-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0072

Eingereicht am: 20.01.2014

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SVP (Brand, Münchenbuchsee) (Sprecher/in)
SVP (Blank, Aarberg)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.01.2014

RRB-Nr.: 835/2014 vom 01. September 20142014
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

ASP 2.0: Vorschläge der FiKo und von Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern offenlegen, Kaderangestellte ernst nehmen

Der Regierungsrat wird aufgefordert,

1. sämtliche der im Zuge der ASP von den Kaderangestellten und von der Finanzkommission eingereichten Vorschläge betreffend Angebots- und Strukturanpassungen einzeln offenzulegen,
2. die zu erwartenden finanziellen Konsequenzen (insb. das Sparpotenzial) jedes Vorschlags aus den Reihen der Finanzkommission und der Kaderangestellten darzulegen.

Begründung:

Gemäss Bericht zur ASP 2014 sind beim Regierungsrat Vorschläge für Angebots- und Strukturanpassungen eingegangen, die von der Finanzkommission sowie von Kaderangestellten der kantonalen Verwaltung eingereicht wurden. Der Regierungsrat behandelte allerdings die Anregungen der Kaderangestellten nicht mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit. Stattdessen vermerkte er im Bericht (S. 137) lapidar, dass es bis anhin aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen sei, die Vorschläge der Kaderangestellten zu diskutieren. Eine von der SVP-Fraktion eingereichte dringliche Interpellation stellte die Fragen, welche Massnahmen konkret vorgeschlagen wurden und wie gross deren Sparpotenzial wäre. Leider wurden diese Fragen nicht beantwortet, unter anderem mit der Begründung, dass Qualität, Bandbreite und Flughöhe der Anregungen sehr unterschiedlich seien und dass es sich eher um ein Brainstorming als um ausgereifte Vorschläge handle. Diese Begründung lässt den Respekt gegenüber den Kaderangestellten und

auch gegenüber den Interpellanten vermissen.

Ähnlich verhielt sich der Regierungsrat im Falle der SVP-Interpellation betreffend die Vorschläge der Finanzkommission. Immerhin stellte er in der Interpellationsantwort in Aussicht, die Mehrheit dieser Vorschläge weiterzuverfolgen. Die Vorschläge wurden allerdings entgegen der Forderung der Interpellanten nicht offengelegt.

Insbesondere aufgrund der durch das Ausbleiben der budgetierten Nationalbank-Gelder nun noch kritischeren Situation des Finanzhaushalts ist es dringend notwendig, alle eingegangenen Sparvorschläge weiterzuverfolgen. Die erwähnten Anregungen können wichtige Inputs liefern: Die Kaderangestellten haben naturgemäss einen tiefen Einblick in ihre jeweilige Organisationseinheit und können so auch Optimierungspotenziale von Strukturen und Abläufen erkennen. Und die Finanzkommission ist das Gremium des Grossen Rates, das die fundiertesten Kenntnisse des kantonalen Finanzhaushalts mitbringt. Die Vorschläge sind deshalb zwingend offenzulegen, um es den Mitgliedern des Grossen Rates zu ermöglichen, darauf basierende, politisch beurteilbare Vorschläge zu erarbeiten. Die Offenlegung erlaubt weiter eine Nachprüfung, ob direkt umsetzbare Vorschläge auch realisiert oder – aus welchen Gründen auch immer – schubladisiert wurden. Schliesslich können die Sparvorschläge auch als Ausgangspunkt oder als Teilaspekt einer dringend notwendigen «ASP 2.0» dienen.

Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat nimmt nachfolgend zuerst zur Forderung der Motionäre betreffend die Offenlegung und Quantifizierung der Vorschläge der Finanzkommission für Angebots- und Strukturpassungen Stellung. Anschliessend informiert der Regierungsrat über das geplante weitere Vorgehen im Zusammenhang mit den sogenannten «Kadervorschlägen».

Vorschläge der Finanzkommission im Zusammenhang mit der ASP 2014:

Wie die Motionäre richtig festhalten, hat die Finanzkommission dem Regierungsrat im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 mehrere Vorschläge zur Entlastung des Finanzhaushaltes unterbreitet.

In seiner Antwort auf die Interpellation 199-2013 SVP (Brand, Münchenbuchsee) «ASP – Anregungen der Finanzkommission offenlegen und überprüfen» hielt der Regierungsrat in Bezug auf die Vorschläge der Finanzkommission fest, dass sich deren Entlastungsvorschläge teilweise auf einer «hohen Flughöhe» bewegen und vertiefte Abklärungen in Bezug auf Realisierbarkeit, Mengengerüste, Entlastungspotentiale, rechtliche Einschränkungen, personelle Auswirkungen, etc. erfordern würden. Im Sinne eines Zwischenfazit stellte der Regierungsrat indessen in Aussicht, dass er die Mehrheit der Vorschläge der Finanzkommission weiterverfolgen werde.

Da es sich um Vorschläge der Finanzkommission handelt, sah sich der Regierungsrat im vergangenen Herbst 2013 allerdings nicht dazu legitimiert, diese im Rahmen seiner Antwort auf die Interpellation 199/2013 zu veröffentlichen. Nachdem die Finanzkommission in ihrem Bericht vom 28. Oktober 2013 zum Voranschlag 2014, zum Aufgaben-/Finanzplan 2015–2017 sowie zur ASP 2014 nun über einzelne ihrer Vorschläge informiert hat, nimmt der Regierungsrat nachfolgend zum aktuellen Stand der Arbeiten, bzw. zum weiteren Vorgehen Stellung. Die durch die Motionäre geforderte Quantifizierung der Vorschläge der Finanzkommission ist angesichts der teilweise erst am Anfang stehenden Projektarbeiten (z. B. Projekt «UPI»), bzw. der teilweise relativ «offen» formulierten Vorschläge zum heutigen Zeitpunkt aber weiterhin nicht möglich:

Vorschlag der Finanzkommission	Aktueller Stand der Arbeiten / Weiteres Vorgehen des Regierungsrates
--------------------------------	---

1. Reduktion der Produktvielfalt der finanzrelevanten Systeme neben dem Leitsystem FIS	Die Vorschläge 1 bis 4 der Finanzkommission werden alle im Rahmen der Umsetzungsarbeiten der Ergebnisse des Projekts «Unabhängige Prüfung der Informatik im Kanton Bern (UPI)» geprüft. In einem Teilprojekt soll dabei eine Strategie für den Einsatz eines Enterprise Resource Planning-Systems (ERP-System) erarbeitet werden. Falls ein solches ERP-System (wie z.B. SAP) eingeführt wird, bedeutet dies insbesondere die Ablösung der heutigen Anwendungen FIS und PERSISKA. Dies würde zu einer Vereinfachung der Informatik-Systemlandschaft der Kantonsverwaltung führen. Eine ERP-Einführung wäre jedoch in erster Linie auch ein Organisationsprojekt, in dessen Rahmen alle Querschnittsprozesse im Ressourcenbereich auf Standardisierungen und Vereinfachungen überprüft werden müssten. Die UPI-Umsetzungsarbeiten sollen im dritten Quartal 2014 aufgestartet werden, die Projektdauer wird auf mehrere Jahre auszulegen sein.
2. Prüfung von Alternativen zum Finanzinformationssystem FIS	
3. Prüfung von Alternativen zum Weiterbetrieb Personalinformationssystem PERSISKA	
4. Prüfung Zentralisierung/Standardisierung von Querschnittsfunktionen	
5. Prüfung Reduktion Ausbaustandard Hoch- und Tiefbau	Der Regierungsrat, bzw. die zuständige Fachdirektion wird mit der Finanzkommission die Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Ausbau-, bzw. Unterhaltsstandard im Hoch- und Tiefbau erörtern. Im Bereich Hochbau hat die BVE hat eine externe Studie in Auftrag zu den Fragen gegeben haben, ob der Kanton zu hohe Standards hat bzw. zu teuer baut. Der Regierungsrat wird die Finanzkommission demnächst über die Ergebnisse der Studie informieren.
6. Prüfung Reduktion Unterhaltsstandard von Hoch- und Tiefbauten	
7. Ausloten von möglichem Sparpotential bei Personalgemeinkosten	Aus Sicht des Regierungsrates ist die Festlegung von Sparmassnahmen im Zusammenhang mit den Personalgemeinkosten nicht zielführend ¹ . Der Regierungsrat hat daher – in Absprache mit der Finanzkommission – auf eine vertiefte Prüfung des Vorschlags verzichtet.
8. Periodische Überprüfung bestehender Leistungserbringungsprozesse	Der Regierungsrat sieht es gestützt auf Art. 101 der Kantonsverfassung und/oder Art. 2 des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung als eine seiner zentralen Führungsaufgaben an, sich bei grösseren Änderungen im Bereich der Kernaufgaben mit der Überprüfung der diesbezüglichen Strukturen und Prozessen auseinanderzusetzen. Insofern kann der Regierungsrat aus dem Massnahmenvorschlag der Finanzkommission für sich keinen direkten Handlungsbedarf ableiten. Insbesondere besteht aus Sicht des Regierungsrates auch kein Handlungsbedarf, welcher zu kurzfristig zu erzielenden Entlastungen führen könnte. Der Regierungsrat hat daher – in Absprache mit der Finanzkommission – auf eine vertiefte Prüfung des Vorschlags verzichtet.
9. Periodische Überprüfung der Wirksamkeit von Staatsbeiträgen	Es bestehen in allen DIR/STA Instrumente zur Überprüfung der Wirksamkeit von Staatsbeiträgen. Je nach Aufgabengebiet und Umfang der Staatsbeiträge werden jeweils unterschiedliche Instrumente angewendet. Gestützt auf die derzeit geltende Praxis besteht aus Sicht des Regierungsrates derzeit kein dringender Handlungsbedarf, den Vorschlag der Finanzkommission im Kontext der ASP 2014 weiter zu vertiefen. Die Finanzkommission ist mit dieser Haltung einverstanden, behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls auf das Thema zurück zu kommen.
10. Erarbeitung einer gesamtstaatlichen oder mehreren direktionalen Investitionsstrategie(n)	Der Regierungsrat hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen, welche in die gleiche Richtung zielen wie der Vorschlag der Finanzkommission. Der Regierungsrat wird diese Anstrengungen auch in Zukunft fortsetzen. Im Vordergrund steht für ihn dabei insbesondere die Umsetzung der Ergebnisse aus dem Projekt «Optimierung des Beschaffungswesens (OB BE)» ab dem Jahr 2014. Darüber hinaus verfügt der Regierungsrat bereits heute in einzelnen Investitionsbereichen über sektorale Strategien und Steuerungsinstrumente. Dazu zählen insbesondere:

¹ vgl. Antwort des Regierungsrates auf die Motion 19/2011 SVP (Blank, Aarberg) „Reduktion der Personalgemeinkosten“

	- Gesamtmobilitätsstrategie - Strassennetzplan und Investitionsrahmenkredit Strasse - Angebotsbeschluss und Investitionsrahmenkredit öV - MIP+ im Hochbau Gesamtstaatlich steht den politischen Entscheidträger/innen zudem die «Gesamtkantonale Investitionsplanung» als Informations- und Steuerungsinstrument zur Verfügung.
11. Kürzung des Investitionsniveaus	Angesichts der schwierigen finanzpolitischen Situation und des in den vergangenen Jahren stetig angestiegenen Investitionsvolumens beschloss der Regierungsrat im Planungsprozess 2012 eine Plafonierung der ordentlichen Nettoinvestitionen auf CHF 500 Millionen pro Jahr vorzunehmen. Mit der Plafonierung wurden die Handlungsspielräume für strategisch wichtige Investitionen (z.B. Verkehrsinfrastrukturen, Hochschulen) eingeschränkt. Aufgrund der Fortführung der Plafonierung der ordentlichen Nettoinvestitionen im Planungsprozess 2013 musste denn auch die Sachplanung in zahlreichen Bereichen reduziert werden. Dies hatte entsprechende Projektanpassungen, Projektverschiebungen und Projektverzichte zur Folge. Der Regierungsrat wird im Rahmen des Planungsprozesses 2014 zur Erarbeitung des Voranschlags 2015 und Aufgaben-/Finanzplans 2016-2018 unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Perspektiven für die kommenden Jahre entscheiden, ob der Investitionsplafond bei den ordentlichen Nettoinvestitionen weiterhin auf einem Niveau von CHF 500 Millionen beibehalten werden kann oder ob dieser allenfalls gekürzt werden muss. Die Finanzkommission und der Grosse Rat werden sich zur Höhe des Investitionsniveaus wie gewohnt im Rahmen der Budgetdebatte anlässlich der Novembersession 2014 äussern können.
12. Übersicht zu den freiwillig erbrachten Leistungen des Kantons	Nach Meinung des Regierungsrates basieren grundsätzlich alle der durch die Direktionen und die Staatskanzlei erbrachten Leistungen auf einem gesetzlichen Auftrag. Selbstverständlich besteht aber bei vielen Aufgaben ein Handlungs- und Ermessensspielraum im Umfang und in der Intensität der Leistungserstellung. Die gesetzlichen Bestimmungen sehen im Übrigen in vielen Fällen ganz bewusst auch einen gewissen Handlungsspielraum vor, damit den aktuellen Gegebenheiten (z. B. aktuelle Wirtschaftslage bzw. Arbeitsmarktlage) flexibel entsprochen werden kann. Die Freiwilligkeit besteht insofern höchstens in Bezug auf den Umfang der Leistung und nicht auf die Frage, ob die Leistung überhaupt erbracht werden soll oder nicht. In Absprache mit der Finanzkommission verzichtet der Regierungsrat auf eine vertiefte Prüfung des Vorschlags. Die Finanzkommission ist mit dieser Haltung einverstanden, behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls auf das Thema zurück zu kommen.
13. Verbesserungen bei der kantonalen Gebäudebewirtschaftung	Der Kanton Bern verfügt heute über kein zentrales, direktionsübergreifendes Facility Management. Die Direktionen und Ämter haben eigene Kompetenzen im Bereich Facility Management. Der Regierungsrat hat die BVE beauftragt, ein Projekt zur Klärung der Schnittstellen und Verantwortungen zwischen AGG und Nutzerdirektionen zu starten. Erste Ergebnisse werden Ende 2015 erwartet. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Regierungsrat in Absprache mit der Finanzkommission auf eine über die laufenden Arbeiten hinausgehende Prüfung des Vorschlags. Die Finanzkommission ist mit dieser Haltung einverstanden, behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls auf das Thema zurück zu kommen.

14. Anpassung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden im öffentlichen Verkehr auf 60:40	Das Antragsdispositiv der Finanzkommission zum Voranschlag 2014 und Aufgaben-/Finanzplan 2015-2017, bzw. zur ASP 2014 (Novembersession 2013) enthielt u.a. auch eine Planungserklärung zur Anpassung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden im öffentlichen Verkehr. Eine Anpassung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden im öffentlichen Verkehr hätte eine Änderung des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) erfordert. Eine solche Anpassung wäre allerdings einer reinen Lastenverschiebung des Kantons auf die Gemeinden gleichgekommen. Im Vorfeld der Haushaltsdebatte zog die Finanzkommission die Planungserklärung zurück. Vor diesem Hintergrund drängt sich für den Regierungsrat derzeit keine Anpassung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden im öffentlichen Verkehr auf. Gegebenenfalls kann der Vorschlag der Finanzkommission bei einer nächsten Revision des FILAG erneut diskutiert werden.
15. Noch stärkere Anwendung des Vollkostenprinzips in Bereichen, in welchen der Kanton an Dritte verrechenbare Leistungen anbietet	Im Dezember 2010 beschloss der Regierungsrat, verschiedene gesamtstaatliche Massnahmen zur Finanzhaushaltsanierung im Rahmen des sog. Entlastungspaketes 2012 zu prüfen. Mit RRB 691 vom 13. April 2011 beauftragte der Regierungsrat die Direktionen und die Staatskanzlei, mittels individueller Anpassungen der Taxpunkt- oder der Gebührenwerte (Tarif) die seit 1995 aufgelaufene Teuerung von 14,6 Prozent in der Gebührenverordnung unter Einhaltung des Äquivalenzprinzips zu berücksichtigen. Mit der erfolgten Umsetzung des Entlastungspaketes 2012 erachtet der Regierungsrat die bis dahin noch vorhandenen Spielräume zu grossen Teilen für ausgeschöpft. Insofern sieht der Regierungsrat für diesen Bereich derzeit keinen weiteren dringenden Handlungsbedarf.
16. Entlastungen in den Bereichen «Kirche» und «Gerichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft»	Zum Bereich «Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft»: Aufgrund ihrer institutionellen Unabhängigkeit kann der Regierungsrat die Gerichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft nicht zu Entlastungen in ihrem Bereich verpflichten. Zum Bereich «Kirche»: Gestützt auf die durch den Grossen Rat anlässlich der Haushaltsdebatte in der Novembersession 2013 überwiesene Planungserklärung der Finanzkommission zur «pfarramtlichen Versorgung» wird dem Grossen Rat in der Septembersession 2014 ein Grossratsbeschluss über die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen vorgelegt. Darüber hinaus wird der Regierungsrat dem Grossen Rat voraussichtlich in der Septembersession 2015 einen Bericht zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat vorlegen. Die Finanzkommission ist über diese nächsten Schritte informiert und damit einverstanden.

Kadervorschläge:

Der Regierung hat in seiner Antwort auf die Interpellation 200-2013 SVP (Brand, Münchenbuchsee) «ASP – Anregungen von Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeitern offenlegen und überprüfen» festgehalten, dass es sich bei den Kadervorschlägen primär um spontan geäusserte Ideen von Einzelpersonen (im Sinne eines «Brainstormings») und nicht um bereits ausgereifte, politisch beurteilbare Vorschläge, welche in einem strukturierten Prozess und auf der Basis eines klar definierten, methodischen Vorgehens erarbeitet wurden, so wie dies beispielsweise bei den durch den Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegten Entlastungsmassnahmen der ASP 2014 der Fall war, handle.

Der Regierungsrat hielt in seiner Interpellationsantwort denn auch fest, dass er die Kadervorschläge in der vorliegenden Form insgesamt nicht für geeignet halte, um darüber beispielsweise im Grossen Rat eine politische Diskussion zu führen. Dessen ungeachtet legte der Regierungsrat die Kadervorschläge aber der Finanzkommission vor, um mit ihr gemeinsam das diesbezügliche weitere Vorgehen im Rahmen des Planungsdialogs zu erörtern.

Am 19. Mai 2014 teilte die Finanzkommission dem Regierungsrat schriftlich mit, dass sie «...in Bezug auf die Kadervorschläge noch etwas mehr Zeit benötige». Die Kadervorschläge würden von der neuen konstituierten Finanzkommission ab Juni 2014 noch einmal diskutiert und die Er-

gebnisse der Debatten dem Regierungsrat anschliessend in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht.

Der Regierungsrat will den diesbezüglichen Ergebnissen der Finanzkommission nicht vorgreifen. Er wird, wie angekündigt, gemeinsam mit ihr und unter Berücksichtigung der generellen finanzpolitischen Ausgangslage das weitere Vorgehen festlegen.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Präsidentin. Je vous souhaite la bienvenue. J'aimerais bien que vous vous installiez, et que vous vous calmez un petit peu, j'aimerais commencer les débats. Donc, j'ouvre la séance. Nous nous trouvons à l'affaire 37, la motion de l'UDC «EOS 2: publication des propositions de la Commission des finances et des cadres de l'administration.» (*Die Präsidentin läutet die Glocke.*) M. Brand a la parole, s'il s'était annoncé. (*Heiterkeit. Herr Brand geht zurück zu seinem Platz, um sich als Redner anzumelden.*) – Merci, M. Brand. Nous sommes en débat libre.

Peter Brand, Münchenbuchsee (SVP). Die Antwort auf diese Motion, die wir von der SVP-Fraktion aus eingereicht haben, ist symptomatisch für die Finanzpolitik der rot-grünen Regierung. Sie entspricht der Kommunikation der Regierung anlässlich der Präsentation des Voranschlags 2015. Wenn man sich die Kommunikation des rot-grünen Regierungsrats anhört, hat man den Eindruck, dass der Kantonshaushalt saniert sei und man sich zurücklehnen und weiterwursteln könne wie bisher. Man merkt deutlich, welche Mehrheitsverhältnisse in der Regierung herrschen. Es ist schon unglaublich, wie leichtfertig der Regierungsrat mit der schwierigen Finanzsituation des Kantons umgeht. Wenn man den Finanzplan ab 2016 anschaut, sieht man, dass dieser schon wieder rote Zahlen aufweist, wenn man die Zahlungen der Nationalbank wegzählt, die ab 2016 bereits wieder darin stehen. Es ist etwas dreist, so zu tun, als sei der Kanton schon über den Berg. Schauen wir doch einmal die Steuerbelastung an, sowohl für die natürlichen Personen wie leider auch für die Unternehmen. Verglichen mit dem schweizerischen Durchschnitt ist die Steuerbelastung viel zu hoch. Konkret zur Motion: Wir wollen, dass das, was im Zuge der Angebots- und Strukturüberprüfung aufgegleist wurde, auch weitergeführt wird; nämlich die Prüfung der Angebote des Kantons. Wir wollen schauen, was wirklich zwingend ist, was der Kanton unbedingt tun muss, und was zur Kategorie «Wunschbedarf» gehört und worauf man verzichten könnte. Dies wäre eigentlich eine Daueraufgabe der Regierung. Doch wenn man die Kommunikation der Regierung betrachtet, ist man nicht ganz sicher, ob es der Regierung wirklich ernst ist damit.

Wir wollen, dass die Angebote des Kantons einer dauernden Überprüfung unterzogen werden, und zwar in einer Art und Weise, die diesen Namen verdient. Dabei können die Vorschläge der FiKo sowie der Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter wertvolle Hinweise liefern. Die Vorschläge der FiKo sind in der Antwort auf die Motion gut dargestellt, allerdings fehlt die Darstellung der finanziellen Konsequenzen. Die Vorschläge der Kadermitglieder hingegen will der Regierungsrat nicht offenlegen. Es geht ja nicht darum, dass wir wissen wollen, wer was gesagt hat. Es geht darum, dass wir wissen wollen, wo das Kaderpersonal des Kantons Einsparungsmöglichkeiten sieht. Wer hat einen detaillierteren Einblick in die Verwaltung als das Kader? Dies ist genau das Problem von uns Grossräten: Unsere Flughöhe ist oft zu hoch. Wir sehen wichtige Details und Fakten nicht und können sie auch nicht sehen, weil wir nicht täglich im Betrieb sind. Es erscheint uns in höchstem Masse unfair, wenn der Regierungsrat sagt, die Vorschläge des Kaders seien nicht ausgereift und eigneten sich nicht für eine Offenlegung, es habe nur ein Brainstorming stattgefunden. Immerhin stammen diese Vorschläge vom Kader unserer Verwaltung. Man kann ruhig sagen, was das Kader meint. Immerhin haben sich die Kadermitglieder die Mühe gemacht, etwas zur Debatte beizutragen, und dieser Beitrag kann sehr wertvoll sein. Der Teil der Motion, welcher die Kadervorschläge betrifft, ist somit definitiv nicht erfüllt. Deshalb kann man diese Motion auch nicht abschreiben. Wir bestreiten die Abschreibung der Motion. Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion anzunehmen, aber nicht abzuschreiben.

Präsidentin. Je voulais encore saluer Monsieur le Directeur de l'économie. Madame Zryd a la parole pour le PS-JUSO-PSA. Je prie les porte-paroles des groupes de s'annoncer.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Peter, wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion haben durchaus Verständnis für deine Motion, wir unterstützen sie sogar, das kann ich vorwegnehmen. Doch wir möchten sie abschreiben. Ich erkläre jetzt, weshalb: Die SP steht ganz klar für Transparenz ein. Diese ist, wie du natürlich weisst, eines unserer Kernanliegen. Aber was uns Mühe macht, ist, dass ihr nur das Kader mitreden lassen wollt. Was ist denn mit den anderen Angestellten? Diese könnten doch auch etwas dazu sagen. Uns erscheint es unfair, die Mitarbeitenden nicht einzubeziehen. Dies wäre der erste Punkt. Zweitens haben wir gehört, dass man vor allem Missstände aus anderen Direktionen aufgezeigt hat. Wir finden das Whistleblower-System gut, finden aber, man solle zuerst vor der eigenen Türe kehren. Der Regierungsrat sagt in seiner Antwort klar, dass er das Anliegen wahrgenommen hat und die Motion umsetzen will beziehungsweise schon umgesetzt hat. Er übergibt das Dossier gewissermassen der FiKo. Wir denken, dass es dort am richtigen Ort ist. Die FiKo hat jetzt Zeit, das Ganze anzuschauen und auszuwerten und uns anschliessend zu präsentieren. Ich denke nicht, dass es richtig wäre, wenn man namentlich auftreten und zum Beispiel sagen müsste, die Person X wolle die Grösse des Parlaments reduzieren, oder die Person Y findet, dass man in der Finanzdirektion zu lange Kaffeepausen mache. Der Personenschutz muss gewährleistet werden, aber man muss die Anliegen prüfen. Ich bin sicher, dass man im Rahmen der ASP noch Einsparungen machen könnte. Wie schon gesagt, wir sind bereit, diese Motion anzunehmen, bitten aber darum, sie abzuschreiben.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Die Motionäre fordern eine Offenlegung aller ASP-Vorschläge und Ideen der Kadermitglieder und der FiKo-Mitglieder, inklusive der finanziellen Konsequenzen. Es darf hier die Frage gestellt werden, in welchem Interesse dieser Vorstoss eingereicht wurde und welche sachdienlichen Gründe es gibt, den nach bestem Wissen und Gewissen geführten ASP-Prozess von der effizienten Workshop-Struktur zwischen Regierung, FiKo und Verwaltung an die politische Öffentlichkeit zu zerren? Wo trauen wir dem Parlamentsbetrieb wirkungsvollere und sorgfältigere Lösungen zu? Bei der seriösen Kommissionsarbeit, oder auf der öffentlichen Plattform im Grossen Rat? Beim Thema ASP ist analytische Grundlagenarbeit gefragt, nicht ein öffentlicher Infoaustausch, der allenfalls noch schädlich sein könnte. Die EVP lehnt diese Forderung deshalb ab. Wir sind der Meinung, die Regierung habe eine gute Antwort gegeben, und befürworten bei Annahme der Motion deren Abschreibung. Ein letztes Wort noch an den Motionär: Hier geht es nicht um links oder rechts, und es geht auch nicht um einen Angriff auf den rot-grünen Regierungsrat, sondern darum, welches sachdienliche Verfahren wir in diesem schwierigen Prozess haben. Das sachdienliche Verfahren besteht eindeutig darin, dass wir das Ganze in den Kommissionen sauber ausdiskutieren können, ohne mit Details an die Öffentlichkeit gehen zu müssen. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Präsidentin. Puisque vous êtes au centre de la salle, Mme Imboden, j'en profiterais pour vous souhaiter mes meilleurs vœux pour votre anniversaire. Toutes mes félicitations! (Applaus)

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Herzlichen Dank! Ich kann mich für die grüne Fraktion meinem Vorredner, Herrn Kipfer, anschliessen. Die grüne Fraktion kommt zum selben Schluss, dass das Vorgehen, welches die SVP vorschlägt, nicht sachdienlich ist. Wir teilen zwar die Einschätzung, dass es sinnvoll ist, transparent zu machen, welche Diskussionen rund um die Finanzpolitik geführt werden. Doch ich appelliere an die Finanzverantwortlichen der SVP, zu bedenken, dass die Finanzkommission sowie die anderen Kommissionen den Auftrag haben, solche Fragen zu prüfen. Auch gibt es in den Kommissionen keine rot-grünen Mehrheiten, somit sollte dies kein Argument sein. Wir sind sehr einverstanden mit der Antwort der Regierung, welche darlegt, welche Vorschläge bereits geprüft wurden. Wir sind der Ansicht, dass der Transparenz hier Genüge getan ist. Bezüglich der Kaderangestellten muss man sich wirklich fragen, ob dies für die Finanzpolitik der richtige Weg ist. Der Antwort der Regierung ist ja zu entnehmen, dass die Vorschläge im Rahmen eines Brainstormings entstanden sind. Bis jetzt hat man gesagt, die Finanzpolitik sei ein Geschäft, welches von einer gewissen strategischen Flughöhe aus betrieben werden solle, damit der Kanton Bern wieder auf einen guten Weg kommt. Deshalb sind wir der Meinung, dass es nicht sachdienlich ist, spontan geäusserte Vorschläge aufzunehmen. Wir sind aber durchaus einverstanden, die Verwaltung und insbesondere das Kader in diesen Prozess einzubeziehen. Doch es ist wohl sinnvoller, dies im

Rahmen eines strukturierten Verfahrens zu tun und auch ein klares Ziel festzulegen. Jede Direktion soll Vorschläge machen können zu der eigenen Arbeit, aber auch zur Arbeit anderer Direktionen, doch dies soll in einem geordneten Verfahren geschehen. Man kann zum Schluss kommen, dass es aus Kostengründen effizient wäre, den Grossen Rat abzuschaffen, das kann durchaus sein, aber vielleicht gibt es auch Gründe, den Grossen Rat nicht abzuschaffen, weil man die Demokratie über die finanziellen Ersparnisse stellt. Fazit: Die grüne Fraktion wird den Vorstoss in dieser Form nicht unterstützen. Falls er angenommen wird, plädieren wir für die Abschreibung. Ich denke, hier ist es sinnvoller, die Finanzpolitik mit den Kommissionen gemeinsam an die Hand zu nehmen, und nicht Finanzpolitik à la SVP in Form von Brainstormings zu betreiben.

Jakob Etter, Treiten (BDP). «Das Volk wird in der Krise innovativ». Ich sage dies, obschon ich nicht behaupten möchte, dass der Kanton Bern in einer Krise steckt. Doch wenn man die Liste betrachtet, welche die Kadermitarbeiter zusammengestellt haben, sieht man doch ein gewisses Sparpotenzial. Der Regierungsrat hat im letzten Herbst in vorausschauender Weise die ASP-Massnahmen unterbreitet. Sie erinnern sich noch an die langwierigen Diskussionen, welche wir in der letzten Novembersession hier im Rat geführt haben. Wir haben jedoch nur über die Vorschläge der Regierung diskutiert. Die FiKo hat Vorschläge unterbreitet. Die Kadermitglieder haben Vorschläge unterbreitet. Diese standen jedoch damals nicht zur Diskussion. Sie sehen die Liste der Vorschläge der FiKo in der Antwort auf diese Motion. Auch die Kadermitarbeiter haben eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, welche durchaus prüfenswert sind. Diese sind nicht in der Motionsantwort aufgeführt. Es wurde zum Beispiel vorgeschlagen, die Anzahl Grossräte zu halbieren, oder die Anzahl Regierungsräte zu reduzieren. Es stehen etwa 100 Vorschläge auf dieser Liste. Zweifellos ist ein Sparpotenzial vorhanden, es sind jedoch auch nicht alle Vorschläge umsetzbar, das ist klar. Doch diese Vorschläge dürfen aus unserer Sicht nicht schubladisiert werden, sondern sie müssen weiterverfolgt und allenfalls in ein späteres Sparpaket einbezogen werden.

Die Motion verlangt ja nicht, dass diese Vorschläge alle umgesetzt werden. Sie verlangt nur eine Offenlegung der Vorschläge, und sie will, dass diese Vorschläge auch ernst genommen werden. Dies erscheint mir richtig. Die Kadermitglieder haben sich Mühe gegeben und Überlegungen angestellt. Das Budget für das Jahr 2015 und für die folgenden Jahre sieht zwar positiv aus. Allerdings ist die Situation sehr labil. Es könnten verschiedene ungünstige Ereignisse eintreten. Die Wirtschaft könnte zum Beispiel stagnieren, oder die NFA-Gelder könnten ausbleiben. Heute stand ja in der Zeitung, der Bundesrat habe den Vorschlag gemacht, diese Mittel anders zu verteilen. Dadurch würde der Kanton Bern 90 Mio. Franken weniger einnehmen. Auch die Zinsen könnten steigen. All dies würde die Situation ändern. Aus diesen Überlegungen heraus unterstützt die BDP-Fraktion die Motion in beiden Punkten. Die Abschreibung der Motion, wie es die Regierung vorschlägt, können wir nicht unterstützen. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion in beiden Punkten anzunehmen und die Abschreibung abzulehnen.

Thomas Rufener, Langenthal (SVP). Ich darf mit Freude zur Kenntnis geben, dass ich diesmal den Worten Jakob Etters vollumfänglich zustimmen kann und die Position der SVP, welche ich darlegen werde, in genau dieselbe Richtung weist. Inhaltlich sind wir uns innerhalb der SVP einig. Es handelt sich um einen Fraktionsvorstoss. Wir haben ebenfalls mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat gewillt ist, diese Motion anzunehmen. Mit dem Abschreibungsantrag haben wir jedoch Probleme. In diesem Parlament diskutieren wir über sehr verschiedene Dinge. Manchmal habe ich den Eindruck, dass man über gewisse Dinge lieber nicht diskutieren möchte, wie zum Beispiel über die Jet-Boote auf dem Thuner- oder Brienersee. Damit kann sich das Parlament dann eine halbe Stunde auseinandersetzen. Doch hier geht es um eine ernsthafte, wichtige Frage. Die finanziellen Probleme des Kantons sind alles andere als gelöst. Die SVP ist der Meinung, dass man alle Möglichkeiten ausschöpfen muss, und zwar so, wie es die Motion verlangt und wie es vom Regierungsrat übernommen werden soll. Insbesondere die Vorschläge der Kadermitarbeitenden sollen untersucht werden. Selbstverständlich sollen sie nicht veröffentlicht werden, doch die FiKo sollte das Potenzial eruieren.

Der zweite Punkt der Motion hält fest: «Es sind die zu erwartenden finanziellen Konsequenzen darzulegen». Im Moment befinden wir uns noch in einem Prozess. Die FiKo hat in einem Brief festgehalten, dass man noch Zeit brauche, doch der Prozess läuft. In diesem Zusammenhang erscheint es der SVP-Fraktion wichtig, dass man die Mitarbeit der Kadermitglieder ernst nimmt und nicht einfach sagt, es sei jetzt erledigt, die Finanzkommission erledige jetzt, was noch zu tun sei, und damit sei das Thema vom Tisch. Wir werden die Abschreibung einstimmig bestreiten, und ich bitte den

Rat, dem zu folgen.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Die FDP findet es gut, dass das Kader ebenfalls Vorschläge dazu gemacht hat, wo man sparen könnte. Wie wir mit diesen Vorschlägen umgehen, ob man zum Beispiel die Namen der Personen wissen muss, welche die Vorschläge formuliert haben, ist für uns weniger wichtig. Wichtig ist, dass man sie ernst nimmt und dass man sich dafür engagiert, sie umzusetzen. Auch von den übrigen Kantonsangestellten sind Vorschläge eingetroffen, die manchmal noch weiter gehen als jene des Kaders. Wir müssten den Mut haben, diese auch aufzunehmen und zu bearbeiten. Wir fänden es falsch, diese Motion jetzt abzuschreiben. Damit würden wir jenen, die die Vorschläge erarbeitet haben, ein falsches Signal geben. Deshalb nimmt die FDP die Motion an und lehnt die Abschreibung ab. Wir hoffen, dass diese Vorschläge dann in der FiKo und anschliessend hier im Parlament ernst genommen werden, und dass Schritte unternommen werden, um eine Verbesserung zu erreichen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich fasse mich kurz, das meiste wurde bereits gesagt. Wenn jemand wirklich weiss, wo gespart werden kann, dann sind dies die Angestellten. Nicht nur das Kader, sondern alle Angestellten. Diese zu fragen, gehört zu den besten Ideen, die hier bisher eingebracht wurden. Wir fragen uns jedoch, was damit genau bezweckt wird und in welcher Form man diese Vorschläge offenlegen will. Uns erschien die Erklärung der Regierung logisch. Wir haben hier klare Abläufe. Die Vorschläge gehen zuerst an die FiKo, welche sie erst einmal «aussiebt» und die wirklich relevanten Ideen aussondert. Wir würden dann nur diese erhalten. Mir ist es egal, ob diese relevanten Vorschläge nun von einem Kadermitarbeiter des Kantons stammen, der auch an den Fraktionssitzungen einer bestimmten Partei teilnimmt. Wenn der Vorschlag gut ist, ist er gut. Deshalb unterstützen wir die Abschreibung, so wie sie die Regierung vorgeschlagen hat.

Präsidentin. Y a-t-il encore des porte-parole de groupes? Ce n'est pas le cas. Ah, vous êtes intervenant à titre personnel, M. Löffel.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Ich war gut sieben Jahre lang Mitglied der Finanzkommission. Für mich war dies die lehrreichste Zeit, die ich bisher hier im Grossen Rat verbracht habe. Was hier im Saal passiert, ist auch interessant. Doch was hinter verschlossenen Türen in der Finanzkommission geschieht, ist noch eine Spur interessanter, denn es geschieht in einem vertraulichen Rahmen, in dem man über Dinge sprechen kann, ohne dass die Medienvertreter und das Plenum mithören. Wenn ich nun im Vorstoss lese, alle Vorschläge seien einzeln offenzulegen, und wenn ich dann noch höre, dass dies von der SVP, der BDP und der FDP gefordert wird, kann ich nur den Kopf schütteln. Diese Parteien haben in der Finanzkommission die Mehrheit und haben somit eben gerade den Auftrag, sich um die Finanzen des Kantons zu kümmern, Geschäfte vorzubereiten und sich mit der ASP intensiv auseinanderzusetzen. Die Finanzkommission muss Kreditgeschäfte an sich reissen und sich detailliert darum kümmern. Es kann doch nicht sein, dass alle Vorschläge aus der Verwaltung, auch von den gewöhnlichen Angestellten, offengelegt und breitgeschlagen werden. Was wird geschehen, wenn in Zukunft Leute um Mitarbeit angefragt werden und sie damit rechnen müssen, dass der Grosse Rat dann alle Ideen einzeln offenlegt und ausschachtet? Wie wirkt sich das aus, wenn man zurückverfolgen kann, aus welcher Direktion welcher Sparvorschlag kam? Sie können sich vorstellen, wie konstruktiv die Leute dann noch mitarbeiten werden. Für mich ist dies ein Vorschlag, der weder zielgerichtet noch hilfreich ist. Als ich noch Mitglied der Finanzkommission war, war es so, dass die Verwaltungsangestellten und die Regierungsmitglieder den Raum verlassen mussten, wenn wir abstimmten. Ich weiss nicht, ob dies heute noch so gehandhabt wird. Doch wir haben es so gemacht, damit man offen miteinander diskutieren konnte. Der Präsident der Finanzkommission nickt gerade, ich würde gerne hören, was er zu diesem Vorstoss meint. Für mich ist die Forderung wirklich daneben, welche in dem Vorstoss steht. Es ist wie gesagt Aufgabe der Finanzkommission, sich detailliert um diese Vorschläge zu kümmern und die konstruktiven, Erfolg versprechenden Ideen weiterzuverfolgen. Doch es ist sicher nicht sinnvoll, die Ideen in der Öffentlichkeit breitzuschlagen.

Andreas Rickenbacher, Volkswirtschaftsdirektor. Wir danken für die Diskussion, welche nun geführt wurde. Der vorliegende Vorstoss lehnt sich an die Interpellation an, welche Grossrat Brand bereits in der Novembersession eingereicht hat und die hier bereits diskutiert wurde. Anders als im letzten Herbst hat der Regierungsrat den Grossen Rat jetzt detailliert über die Vorschläge der Fi-

nanzkommission informiert. Dies hat einen speziellen Grund: Letztes Jahr hat sich der Regierungsrat nicht als legitimiert betrachtet, über die Vorschläge der Finanzkommission zu informieren, weil die Vorschläge noch innerhalb der FiKo diskutiert wurden. Nachdem die FiKo jedoch im Bericht zum Voranschlag 2014 diese Vorschläge selber publik gemacht hat, sprach aus Sicht der Regierung nichts mehr dagegen, diese in der Antwort einzeln aufzuführen. Was die Vorschläge der Kadermitglieder anbelangt, hat der Regierungsrat bereits im letzten Herbst in der Antwort auf die Interpellation Brand dargelegt, dass diese seiner Meinung nach nicht dazu geeignet sind, im Einzelnen öffentlich diskutiert zu werden. Sie sind wie gesagt im Rahmen eines Brainstormings entstanden. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass es richtig war, diese Vorschläge der Finanzkommission zukommen zu lassen. Die Finanzkommission sollte in einer ersten Phase über diese Vorschläge diskutieren. Meiner Einschätzung nach war sich der Regierungsrat darin mit der Finanzkommission einig.

Am 19. Mai 2014 hat die FiKo dem Regierungsrat mitgeteilt, dass sie diese Vorschläge der Kadermitglieder in der neuen Legislatur – und somit in neuer Zusammensetzung – nochmals besprechen und die Regierung später über das Ergebnis der Diskussion informieren möchte. Es scheint mir sehr wichtig, dies hier nochmals festzuhalten. Auch aus Sicht der Regierung sind diese Vorschläge wichtig und wertvoll. Es ist nicht so, dass wir den Eindruck haben, die Vorschläge seien schlecht. Wir arbeiten eng mit unseren Kadermitarbeitenden zusammen, und es ist für uns wertvoll, wenn von dieser Seite Vorschläge kommen. Doch die Debatte über diese Vorschläge soll zwischen FiKo und Regierungsrat stattfinden. Angesichts dieser Ausgangslage ist aus Sicht der Regierung das weitere Vorgehen in Abstimmung mit der FiKo klar. Die FiKo ist mit ihren eigenen Vorschlägen beschäftigt, und auch bei den Vorschlägen aus dem Kader ist die FiKo am Zug. Sie hat die Liste erhalten und wird wieder mit der Regierung in Kontakt treten. Ich möchte nicht im Einzelnen auf die Vorwürfe eingehen, welche vom Fraktionschef der SVP an die Regierung erhoben wurden. Es handelt sich dabei um politische Aussagen, welche wir schon im Eingangsvotum vernommen haben. Das Andere, Relevantere, sind die Resultate. Wenn man die Resultate der letzten acht Jahre anschaut, werter Herr Grossrat Brand, so sind diese eindeutig. Während sieben dieser acht Jahre hat man Überschüsse erzielt. Teilweise waren es substantielle Überschüsse. Man hat dadurch aus eigener Kraft über eine Milliarde Franken Schulden abbauen können. Auch die Steuern hat man senken können. Dies sind die Resultate, alles andere sind politische Aussagen. Diese Regierung, Herr Grossrat Brand, lässt sich gerne an ihren Resultaten messen.

Ich sage jetzt noch etwas, das mit der Regierung nicht abgestimmt ist: Wenn ich es ganz sachlich anschau und die beiden Punkte der Motion betrachte, habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass man sagt, der zweite Punkt sei noch nicht abzuschreiben. Hier sind die Arbeiten im Gang, zum Teil ist die Regierung am Zug, und zum Teil die FiKo. Was jedoch den ersten Punkt angeht: Die Vorschläge der FiKo sind in der schriftlichen Antwort offengelegt. Die Vorschläge der Kadermitglieder sind einzeln gegenüber der FiKo, und somit Ihrem Organ, offengelegt worden. Hier ist die Finanzkommission am Zug, und sie ist das richtige Gremium, um über solche Vorschläge zu diskutieren. Der erste Punkt, meine Damen und Herren, ist wirklich erfüllt und kann abgeschrieben werden, und ich gebe zu, dass man über den zweiten Punkt diskutieren kann.

Präsidentin. L'auteur de la motion a la parole. Ce sont trois minutes.

Peter Brand, Münchenbuchsee (SVP). Ich werde mir Mühe geben, damit du das Mikrofon nicht ausschalten musst. Ich habe nichts dagegen, Andrea Zryd, dass man auch die anderen Angestellten fragt. Wir haben einfach von den Vorschlägen der Kadermitglieder gewusst, doch wenn andere Angestellte auch etwas zur Angebotsüberprüfung beitragen wollen, ist dies toll. Dies ist ganz in unserem Sinn. Ich habe auch nicht gesagt, dass wir die Namen der Kadermitarbeitenden hören wollen, die Ideen eingereicht haben. Uns interessiert nur die Sache. Es geht uns darum, Vorschläge zu erhalten, wo man sparen und welche Angebote man abbauen kann. Woher die Vorschläge kommen, ist uns egal. Dies ist auch kein Misstrauensvotum an die Kommissionen. Dass die Finanzkommission diese Sache vorbereitet hat, finden wir super. Es ist uns an sich auch egal, wie detailliert die Informationen sind, die wir von der FiKo erhalten werden. Es gibt bestimmt Vorschläge, die man mit wenigen Worten beschreiben kann. Natalie Imboden, wenn man sagt, man wolle auf strategischer Flughöhe operieren, ist das manchmal praktisch, weil man nicht Stellung nehmen muss. Andererseits verlangst du von uns auch manchmal operationelle Vorschläge. Es kommt auf das Thema an, wie du argumentierst.

Der Regierungsrat möchte Punkt 1 abschreiben, doch dieser Punkt ist noch nicht erledigt. Er enthält

die Vorschläge der Kadermitarbeitenden, und die sind zur Zeit nicht offengelegt. Punkt 1 ist punkto Finanzkommission erledigt, jedoch nicht punkto Kaderangestellte. Deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen und nicht abzuschreiben.

Präsidentin. Nous passons au vote. Motion «EOS 2: publication de la CFIN et des cadres de l'administration». Nous ferons cela en deux votes, primo si vous acceptez ou refusez la motion, et secundo nous voterons sur le classement. Ceux qui acceptent la motion votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:
Annahme

Ja	110
Nein	38
Enthalten	0

Präsidentin. Vous avez accepté cette motion. Nous passons donc au classement. Ceux qui acceptent le classement votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung

Ja	67
Nein	80
Enthalten	2

Präsidentin. Vous avez refusé le classement. Je passe ma place au premier vice-président.